

Medien-Information

11.03.2019

Schulbehörde kündigt Schulentwicklungsplan an

Erfolg für protestierende Eltern: Schulsenator zeigt endlich, dass es anders geht

Die Schulbehörde hat am 7. März 2019 einen aktuellen Schulentwicklungsplan angekündigt – sieben Jahre nachdem der bislang gültige 2012 verabschiedet wurde und nachdem Elternräte und Schulen in den vergangenen Wochen massiv Kritik an der Hamburger Schulpolitik geäußert haben.

„Dass die Schulbehörde jetzt angesichts der zu erwartenden ansteigenden Schülerzahlen einen neuen Schulentwicklungsplan für Hamburg angekündigt hat, ist für uns ein großer Erfolg. Wir begrüßen diese Entscheidung und freuen uns auf die angekündigten umfangreichen Beteiligungsmöglichkeiten. Diese werden wir vollständig in Anspruch nehmen und weiter darauf drängen, dass in erster Linie die Bedürfnisse der Kinder berücksichtigt werden“, betont Carola Abts vom Elternrat der Max-Brauer-Schule.

„Massive Schulverdichtung darf nicht die Antwort auf die allenthalben stattfindende und angestrebte Quartiersverdichtung sein – insbesondere im Altonaer Kerngebiet. Wer Tausende neue Wohnungen in für Familien attraktiven Vierteln baut, was an sich gut und dringend notwendig ist, muss auch die soziale Infrastruktur mitplanen und ermöglichen. Wir wehren uns entschieden gegen den Versuch der Politik, dieses Versäumnis der letzten Jahre mit einer massiven baulichen Verdichtung der bestehenden Schulen zu neuen Megaschulen auf die Schnelle lösen zu wollen. Wir fordern eine vorausschauende Schulpolitik, die die Interessen der Kinder im Blick hat und Bildung und Entwicklung den Raum gibt, den sie benötigen. Und nicht, wie derzeit noch geplant, Raum an funktionierenden Schulen für die nächsten Jahrzehnte und kommende Generationen vernichtet“, sagt Helge Kühnel vom Elternrat der Max-Brauer-Schule.

Erst Mitte Dezember 2018 wurde beispielsweise der Max-Brauer-Schule in Bahrenfeld mitgeteilt, dass die Grundschule von derzeit drei auf sechs Züge verdoppelt werden solle – bei gleichbleibender Grundfläche und umfangreichen Baumaßnahmen im laufenden Schulbetrieb. Von langfristiger Planung und umfangreichen Beteiligungsmöglichkeiten keine Spur: Die geplanten Neu- bzw. Umbauten sollten bereits im Frühsommer 2019 starten. Der Elternrat legte sein Veto ein: Das muss anders gehen! Gekreuzte Pömpel wurden zum Symbol für den Widerstand gegen diese massive Verdichtung der Grundschulen im Altonaer Kerngebiet.

Über „Das muss anders gehen“

„Das muss anders gehen“ ist die Initiative des Elternrates der Max-Brauer-Schule. Sie wurde Ende 2018 ins Leben gerufen als Antwort auf die verheerenden Pläne der Schulbehörde, dem hohen Bedarf an zusätzlichen Schulplätzen in Ottensen, Bahrenfeld und dem gesamten Altonaer Kern durch die massive Verdichtung der bestehenden Schulen zu begegnen. Die Initiative, mit der sich mittlerweile auch andere Altonaer und Hamburger Schulen solidarisiert haben, fordert:

- Bildung braucht Platz, nicht nur Klassenräume sondern auch Freiräume und Schulhofflächen (mind. 5m² Spielflächen). Gerade vor dem Hintergrund von Ganztagsunterricht brauchen die Kinder ausreichend Freiflächen und Rückzugsmöglichkeiten, besonders im verdichteten städtischen Umfeld. Dass diese für die Schulbehörde zur Disposition stehen für eine bauliche Nachverdichtung und finanzielle Verwertung ist ein Skandal. Die Vorschläge, Schulhöfe auf Dächern zu realisieren oder öffentliche Grünanlagen mitzubeneutzen finden wir zynisch und frech.
- Keine Megaschulen: Grundschulen max. vier Züge. Weiterführende Schulen max. sechs Züge für neue Schulen. Jeweils in Abhängigkeit von zur Verfügung stehender Fläche und pädagogischem Konzept
- Wir fordern eine (sofort zu beginnende) nachhaltige und tragfähige Schulentwicklungsplanung als demokratischer und transparenter Prozess unter Beteiligung der Bezirke und aller Schulgremien, so wie im Schulgesetz verankert.
- Wir fordern für das Altonaer Kerngebiet den Bau einer dritten neuen Grundschule und einer neuen Stadtteilschule (gerne mit reformpädagogischem Konzept).
- Wir fordern Herrn Dressel und Herrn Rabe auf, noch freie Grundstücke und ggf. bestehende Gebäude im Altonaer Kerngebiet zu sichern/ ggf. zu erwerben um diese für die Gründung neuer Schulen zu nutzen.
- Wir fordern Herrn Dressel auf, im Altonaer Kerngebiet keine weiteren im Besitz der Stadt befindlichen Frei-, Grün- und Sportflächen mehr zu veräußern und stattdessen die in einer wachsenden Stadt ebenfalls dringend benötigten Freiräume und soziale Infrastruktur für die (neuen) Bürger zu schaffen.

Weitere Informationen unter: www.dasmussandersgehen.de

Informationen und Auskunft erteilen:

Carola Abts (0176-70135802)

Silke Stahn (0179-4578762)